

Wieder Chancen auf einen Anschluss?

Oberaargau Regionale Verkehrskommission sucht nach Lösungen für Pendlerprobleme

Seit dem Fahrplanwechsel sind viele Pendler nach Bern, noch mehr jene in Richtung Olten-Zürich, die in Thunstetten oder Schoren wohnen, frustriert. Die Umsteigezeiten sind jetzt zu knapp, betragen de facto eine halbe Stunde oder verlangen einen 7-Minuten-Spurt.

ANNE-REGULA KELLER

Seit dem Fahrplanwechsel im Dezember haben Pendler aus Thunstetten, die in Bern zur Arbeit fahren, Probleme am Abend. Der Zug von Bern her hat ab und zu Verspätung, und sie verpassen den 52er-Bus nach Thunstetten, weil nur fünf Minuten Umsteigezeit berechnet sind. Noch schlimmer trifft es aber jene, die Richtung Olten-Zürich/Basel fahren wollen. Da kommt der Bus aus Thunstetten drei Minuten nach Abfahrt des Schnellzugs am Bahnhof Langenthal an. Auf dem Heimweg ist es umgekehrt. Der Bus nach Thunstetten fährt drei Minuten vor der Zugseinfahrt ab. Das bedeutet für viele Pendler zweimal täglich eine Halbstunde Umsteigewarten. Mit den veränderten Busrouten und Linienbedienungen wollte man eine bessere Busanbindung zur Innenstadt von Langenthal schaffen. «Aber», sagt Stefan Haas aus Thunstetten, der sich zusammen mit betroffenen Pendlern gegen die Situation wehrt, «dabei vergass man die Pendler».

Die Kräfte zur IG gebündelt

Ähnlich trifft es die Bewohner des Schorenquartiers, die jetzt mit der Linie 64 keine direkte Verbindung mehr zum Bahnhof haben. Ihr Bus hält an der Wiesenstrasse (Migros) nur sieben Minuten vor der Zugsab-

fahrt nach Zürich. In ihrem Unmut fanden sich Betroffene, die zum Teil bei den Gemeinden vorstellig wurden. Sie alle verlangten wieder eine zumutbare Busanbindung an den Schienenverkehr und dafür die Unterstützung der Behörden. Haas hat die unwilligen Betroffenen am 1. März zu einer Sitzung aufgerufen und damit die Kräfte gebündelt. 40 Bewohner von Thunstetten und Schoren formierten sich zu einer überparteilichen Interessengemeinschaft «Gegen den Leistungsabbau beim Busangebot für Thunstetten und Schoren», die Haas nun koordiniert. «Nach fünf Tagen haben wir bereits 50 eingeschriebene Mitglieder und erwarten weitere. Es geht nicht um Einzelinteressen, sondern um das Interesse ganzer Quartiere und Gemeinden – und das Problem brennt!»

Auftrag für Lösungssuche

Bei der Gemeinde seien die enttäuschten Pendler übrigens auf sehr offene Ohren gestossen. «Schon im Sommer 2009 hatten wir in der Stellungnahme zum Fahrplanwechsel Ende Jahr die knappen Anschlüsse kritisiert», betont Stefan Krähenbühl, im Thunstetter Gemeinderat Ressortleiter Bau und Betriebe. Jetzt hat der Rat der Regionalen Verkehrskonferenz (RVK) nach einer eingehenden Problemanalyse sieben Lösungsvorschläge eingereicht und auch deren allfällige Nachteile nicht verschwiegen.

Die RVK hat am Donnerstag getagt und sich mit den kritischen Eingaben zum neuen Fahrplan befasst (siehe Text unten rechts). Dabei war man sich über ein generelles Problem bei jedem Fahrplanwechsel einig: Jede Verbesserung für die einen bringt eine Verschlechterung



OHNE PENDLER Wer von einem Schnellzug nach Thunstetten will, hat kaum einen Bus-Anschluss. ARK

für die anderen. Bezüglich der Eingaben und Forderungen zu den Buslinien 52 und 64 beschloss die RVK, der Firma Bahn und Bus Beratung AG (3 B AG) den Auftrag zu erteilen, die vor-

geschlagenen Varianten fachlich zu beurteilen und auf den nächsten Fahrplanwechsel im Dezember wirkliche Verbesserungen herauszuarbeiten. Dies gemäss Votum des Langenthaler

Stadtpräsidenten Thomas Rufener nur innerhalb des geltenden Angebotsbeschlusses. Eine Angebotsverweiterung mit Mehrkosten gibt es nicht. Die von der Gemeinde Thunstetten, Privaten

und der IG eingebrachten Ideen wurden ausdrücklich als positiv gewertet. Die betroffenen Gemeinden werden in ein Begleitgremium eingebunden. Erst die Abklärungen der nächsten Monate werden zeigen, ob schon auf Mitte Jahr hin einzelne Korrekturen umgesetzt werden können.

Erfreut über das Signal

«Der Gemeinderat von Thunstetten hat der RVK zwei Anträge gestellt», sagt dazu Gemeinderat Stefan Krähenbühl: «Thunstetten will in der RVK vertreten sein. Dazu hat diese noch nicht Stellung bezogen. Die Gemeinde schlug zudem sieben Lösungen vor und forderte bis Ende März konkrete Umsetzungsvorschläge. Nun hat die RVK einen andern Weg beschlossen, der unseren Interessen möglicherweise genauso dienen könnte.» Er und auch Stefan Haas, Sprecher der IG, werten dies als «positives Signal» der RVK. Das sei ein Schritt in eine hoffnungsvolle Richtung. «Wir erwarten keine Wunder. Wir möchten nur, dass die Angebotsqualität wieder hergestellt wird, wie wir sie vor dem Fahrplanwechsel gewohnt waren.»

Anschlüsse nicht gewährleistet

Bei der Regionalen Verkehrskonferenz (RVK) und der Aare Seeland mobil (asm) gehen immer wieder Beschwerden ein, dass Passagiere der Linie 414 (Langenthal-St. Urban) die Anschlüsse an den Zug Richtung Zürich nicht erreichen, schlimmer noch, nur noch die Schlusslichter sehen. Markus Flück, Leiter Betrieb Bahn der asm, hat nach Lösungen gesucht und mögliche Änderungen präsentiert. Die Bahn könnte auf der Strecke Langenthal-St. Urban Haltestellen auf-

heben oder nur in einer Fahrtrichtung bedienen. Damit könnte man zwar zwei Minuten gewinnen, der Anschluss an die SBB ist aber dennoch nicht garantiert, wenn diese Verspätung hat. Fazit: Eine echte Verbesserung wäre nicht garantiert; für einige Kunden würde es gar einen Abbau bedeuten. Die RVK beschliesst deshalb, vorläufig am Status quo festzuhalten. Ähnlich sieht es mit dem Busbetrieb im Raum Huttwil aus. Auch dort lassen sich

keine Verbesserungen finden. Deshalb beschliesst die RVK hier ebenfalls, den Status quo beizubehalten. Was den Busbetrieb im Jurasüdfuss betrifft, so müssen zur Klärung der Situation die Gespräche zwischen RVK und den betroffenen Gemeinden, im Speziellen mit Wolfisberg, weitergeführt werden. Die Vorsitzende, Katharina Hofer, informierte die Anwesenden, dass derzeit eine kantonale Bevölkerungsumfrage zum öffentlichen Verkehr läuft. (IBA)



FORMATION Nachladen für den zweiten Ehrensäul. EG

Knall und Pulverdampf

Wangen a. A. Feldzug und Jahresrapport der Ehrenformation

ERNST GLUR

Nichts deutete darauf hin, dass am vergangenen Donnerstag um die Mittagstunden im Schlosshof in Wangen an der Aare ein speziell feierlicher Anlass stattfinden würde. Das Wetter wirkte alles andere als einladend. Hier und da fielen Schneeflocken, die Temperatur lag knapp im Minusbereich. Und doch trotzten einige Unentwegte der garstigen Witterung und säumten die mit ewigen Pflastersteinen geflieste Strasse zum Schlosshof. Im Innern dieses Hofes hatte sich indessen viel Prominenz aufgestellt. Allen voran Regierungspräsident Hans-Jürg Käser, Staatsschreiber Kurt Nuspliger, Regierungsstatthalter Martin Sommer sowie ein Teil der örtlichen Politgrößen. Zusammen mit rund zwei, drei Dutzend Zivilisten harrten sie dem Spektakel des sogenannten Feldzugs

ges der Ehrenformation des Kantons Bern. Diese 36 Mann starke Einheit zog dann punkt 11.30 Uhr unter Trommelwirbel und angeführt vom Kommandanten Christian Zingg sowie dem stolzen Banner des Standes Bern in den Schlosshof ein.

Mit ernster Mine und ohne auch nur den Ansatz eines Lächelns nahmen die ihrer Ehre offensichtlich bewussten Mannen Aufstellung in zwei Gliedern. Geschultert das Vorderlader-Steinlochsgewehr, seitlich angehängt der blanke Säbel. Geputzt die Schuhe mit den fast kniehohen Gamaschen, den Dreispitz mit Federbusch als markante Kopfbedeckung und samt und sonders gekleidet in der historischen Uniform der Berner Miliz von 1784. So lauschten sie den Worten von Regierungspräsident Hans-Jürg Käser. Er dankte ihnen für den Einsatz und

erinnerte an ihren Stolz, Mitglied dieser Ehrenformation des Kantons Bern sein zu dürfen. «Für Kanton und Behörde legt ihr im Laufe des Jahres grosse Ehre ein», sagte Käser, worauf der mit militärischem Drill angesagte Ehrensäul die andächtige Stille und der Pulverdampf die ungetrübte Luft jäh unterbrachen.

Interesse am Drill

Die Ehrenformation erfülle ausschliesslich Repräsentationspflichten im Auftrag des Kantons Bern sowie der Bundesbehörden, sagte Vizekommandant Fritz Aeschbacher. Die Mitglieder rekrutieren sich aus dem ganzen Kantonsgebiet, wobei keine spezielle berufliche Voraussetzung notwendig sei. «Wichtig ist ein gewisses Interesse an Waffen, am militärischen Drill sowie am Dienst für Bund und Kanton», sagte Aeschbacher.

Petition für mehr Spital

Oberaargau 24-Stunden-Notfalldienst soll erhalten bleiben

DIE PETITIONÄRE

Manfred Cordari, Andreas Sägesser, Patrick Freudiger, Jürg Schürch und Christian Hadorn (von links). IBA



Gestern Vormittag lancierten Vertreter der SVP Oberaargau und der Gemeindepräsident von Niederbipp, Manfred Cordari (FDP), eine Petition. Mit dieser Bittschrift fordern sie von der Spital Region Oberaargau SRO AG in erster Linie einen 24-Stunden-Ambulanzbetrieb an den Standorten Langenthal, Niederbipp und Huttwil. Aber auch die Garantie einer bedarfsgerechten Spitalversorgung im ganzen Oberaargau sowie «keine Zweiklassenmedizin für Stadt und Land». Damit springen die Petitionäre auf einen Zug auf, den der Huttwiler SP-Gemeinderat Adrian Wüthrich bereits vor einem Jahr in Gang gebracht hatte. Dann nämlich, als die SRO AG den Entscheid bekannt gab, das Spital Huttwil zu schliessen respektive den Ambulanz-24-Stunden- auf einen Tagesbetrieb umzustellen.

Abbau des «Service public»

Es sei keine reine Wahlaktion, betonte Mitinitiator Grossrat Christian Hadorn. «Der SVP wird immer vorgeworfen, Populismus zu betreiben. Jetzt machen wir Sachpolitik.» Man sei zwar erfreut, dass der Erhalt der 24-Stunden-Ambulanz in Niederbipp gesi-

chert sei, sagte Patrick Freudiger, Stadtrat in Langenthal. «Das kann sich aber schnell ändern.» Er sprach von der problematischen Tendenz, dass bei Reformen der ländliche Raum «immer mehr links liegen gelassen» werde. Auch er wies darauf hin, dass nicht nur vor den Wahlen, sondern auch danach Unterschriften gesammelt würden (bis Ende April). Alt-Grossrat Jürg Schürch (Huttwil) erläuterte die Problematik aus seiner Sicht als Geschäftsführer des Sportcenters Huttwil. «Bei kleinen oder grösseren sportlichen Unfällen muss nun immer die Ambulanz von Langenthal nach Huttwil kommen, was Kosten verursacht.» Andreas Sägesser, alt-Grossrat, Schwarzenbach, sagte: «Es kann nicht sein, dass die Politik von «Service public» spricht, in der Praxis aber das Gegenteil betreibt.» Manfred Cordari schliesslich begrüsst zwar den Entscheid der SRO AG, den Ambulanzstandort Niederbipp beizubehalten. «Wir sind aber eine Region, alle sollen von den kürzlich bewilligten 70 Millionen Franken für den Umbau des SRO profitieren.» (IBA)